

**DZSF**

Deutsches Zentralinstitut  
für soziale Fragen

---

Arbeitsbericht  
1974

**DZSF**

**Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen**

*(Archiv für Wohlfahrtspflege) – Stiftung bürgerlichen Rechts*

1 Berlin 33 (Dahlem) – Miquelstraße 83 – Tel.: 832 40 41

Konten: Postscheck Bln.-West Nr. 599 97-105  
Bank f. Handel u. Industrie, Nr 4 239 131

**Verein zur Förderung des Deutschen Zentralinstituts  
für soziale Fragen (Archiv für Wohlfahrtspflege)**

Konten: Postscheck Bln.-West Nr. 153 15-104  
Bank f. Handel u. Industrie, Nr. 4 287 502  
Bank f. Gemeinwirtschaft, Nr. 34 40

**Senat von Berlin (Vorsitzender)**

**Vorstand**

Vertreter: Senatsdirektor Werner Müller  
Senatsverwaltung für Arbeit und Soziales

**Industrie und Handelskammer zu Berlin (stellv. Vorsitzender)**

Vertreter: Dipl.-Volksw. Gerhard Severon

**Deutscher Städtetag**

Vertreter: Beigeordneter Dr. Wolfgang Haus

**Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege e. V.**

Vertreter: Dr. Christa Hasenclever

**Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit.**

Vertreter: MinR Hans Goller

Der Verein zur Förderung des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen teilt Vorstand und Geschäftsführung mit dem Institut; er nimmt die Beiträge der Mitglieder entgegen und ist für die Förderung des Instituts verantwortlich.

**Förderer-  
Verein**

Ilse Bueren

**Geschäfts-  
führung**

## **Beirat \*) Bundesministerien**

für Arbeit und Sozialordnung: MinR Dr. Rugo

für Jugend, Familie und Gesundheit: MinR Dr. med. Bialonski

**Bundesanstalt für Arbeit:** Präsident Josef Stingl

## **Sozialministerien der Länder**

Baden-Württemberg: \*\*)

Bayern: MinDirig Michael Stocker

Bremen: \*\*)

Hamburg: \*\*)

Hessen: MinR Heinz Erhard

Niedersachsen: MinR Willi Hoppe

Nordrhein-Westfalen: Ltd. MinR P. Steffen

Rheinland-Pfalz: \*\*)

Saarland: RegDir Otto Bitz

Schleswig-Holstein: Ltd. MinR Bosse

## **Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege**

Das Diakonische Werk – Innere Mission und Hilfswerk – der ev.  
Kirche in Deutschland: Dipl.-Volkswirt Christine Winzler

Deutscher Caritasverband e. V.: D. Johannes Tobei

Arbeiterwohlfahrt der Stadt Berlin e. V.: Helmut Grell

Deutsches Rotes Kreuz: Dr. Horst Christian Etmers

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband e. V.: Helga Danzig

Zentral-Wohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V.:

Gertrud Hoffnung

## **Wirtschaft**

Deutscher Industrie- und Handelstag: Sigmund Frh. v. Rotberg

Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie:

Hans-Joachim Scholz

Siemens AG: Dipl.-Ing. Dr. Carl-Hubert Schwennicke

AEG/Telefunken: Heinz Walter, Prokurist

Osram GmbH: Direktor Walter Greiner

---

\*) Seine Amtszeit endet am 31. August 1975

\*\*\*) Mitarbeit als Behörde ohne bestimmten Vertreter.

## Wissenschaft

Stifterverband für die deutsche Wissenschaft e. V.: Helmut Denschel  
Freie Universität Berlin \*)  
Technische Universität Berlin \*)

## Sozialversicherung

Verband Deutscher Rentenversicherungsträger:  
Direktor Prof. Dr. Kurt Jahn

## Gewerkschaften

Deutsche Angestelltengewerkschaft: Hilde Jechow  
Deutscher Gewerkschaftsbund: Fritz Giersch

## Fachorganisationen

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge:  
Walter Schellhorn

## Persönlichkeiten

Dr. Franz v. Cosel, Berlin  
Senator a. D. Kurt Exner, Berlin  
Direktor Robert Jentsch, Berlin  
Senatorin a. D. Ella Kay, Berlin  
MinR a. D. Dr. Helmut Malzahn, Bonn  
SenDir Gerhard Naulin, Berlin  
SenDir a. D. Dr. Lothar Rosenberg, Berlin  
Stadtdirektor a. D. A. Schell, Mannheim

Außer der Vorstandssitzung am 24. Juli 1974 fanden mehrere Arbeitsgespräche des Vorsitzenden, z. T. in Anwesenheit des stellvertretenden Vorsitzenden, mit der Geschäftsführung in der Senatsverwaltung für Arbeit und Soziales statt.

## Vorstandssitzungen

Im Berichtsjahr wurden im Durchschnitt 18-19 Mitarbeiter, darunter 3 halbtags und 2 stundenweise, beschäftigt.

## Mitarbeiter

Besonders umfangreiche Anfragen, die zur Bearbeitung meist gesetzliche Grundlagen erforderten, wurden in ehrenamtlicher Tätigkeit von einem Volljuristen mit übernommen.

*Herr  
Bueren ?*

Im Rahmen der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen des Senators für Arbeit und Soziales wurden im Durchschnitt 2-3 Mitarbeiter für jeweils neun Monate beschäftigt.

Aus Mitteln, die die Deutsche Klassenlotterie dem Institut zur Pflege des Materials zur Verfügung stellte, wurden für ein halbes Jahr eine Vollzeitkraft und im Bedarfsfall Stundenkräfte beschäftigt.

\*) z. Z. ohne Vertreter.

**Tätigkeit** Seit seiner Gründung unter dem Namen „Archiv für Wohlfahrtspflege“ im Jahre 1893 ist es die Aufgabe des Instituts, alles erreichbare Material aus dem Bereich des Sozial-, Gesundheits- und Arbeitswesens zu sammeln, zu sichten und zu ordnen und für den Abruf durch Interessenten bereit zu halten.

**Sammlungen und Kataloge** Die Basis der Institutsarbeit bilden ihre Sammlungen und Kataloge. Es bestehen folgende Sammlungsabschnitte:

Die **Bibliothek** enthält so weit wie möglich alle Veröffentlichungen auf den sozialen und sozialverwandten Gebieten des In- und Auslandes und wird ständig aus Eigenmitteln und durch Besprechungsexemplare sowie zeitweilig aus Zuwendungen der Deutschen Klassenlotterie ergänzt. Im Jahre 1974 wurden 3400 Bände neu eingestellt.

Die Bibliothek wird durch eine alphabetische Verfasserkartei und eine fachlich geordnete Kartothek erschlossen und ist „Öffentliche Bibliothek“ mit der Sigelnummer 249.

Die **Bibliographische Sammlung** umfaßt alle Aufsätze und Mitteilungen, die aus den regelmäßig gelesenen ca. 2000 Fachzeitschriften des In- und Auslandes ausgewertet und nach der selben Systematik wie die eingestellten Bücher verkartet werden. Daneben werden sämtliche Gesetze, Verordnungen und Erlasse des Bundes und der Länder gesammelt und systematisch in die Kartei eingeordnet. Außerdem steht dem Institut ständig umfangreiches Zeitungsausschnittsmaterial zur Verfügung, das, nach der entsprechenden Systematik geordnet, Bibliothek und Zeitschriftensammlung ergänzt.

Über die regelmäßig gelesenen Zeitschriften wird ein alphabetischer Katalog geführt, der nachweist, ab wann eine Zeitschrift gehalten wird und der ihr laufendes Eingehen überwacht.

Zeitschriften, die unvollständig sind oder von denen nur einzelne Hefte ihres sozialen Inhalts wegen gesammelt werden, sind alphabetisch als „Einzelnummern“ registriert.

Von den **Organisations-Sammlungen** stellt die **Berliner Abteilung** den ältesten Teil dar, weil das Institut bei seiner Gründung 1893 es übernommen hatte, alle bestehenden Sozialeinrichtungen in Berlin zu erfassen und diese Zusammenstellung zu veröffentlichen. Heute umfaßt sie alle Behörden, Organisationen und Institutionen, die in Berlin tätig sind oder einmal tätig waren. Jede dafür angelegte Akte enthält alles erreichbare Material von der Gründung an wie Vereinsstatuten, Vorstandsmitglieder, Arbeits- und Presseberichte, andere Veröffentlichungen, Dienstsanweisungen, Hausordnungen, Baupläne, Abbildungen u. ä., und wird ständig ergänzt. Außerdem finden sich in ihr alle Informationen, die den regelmäßig gelesenen Fachzeitschriften entnommen werden und die mit der betreffenden Institution und ihrer Arbeit zusammenhängen.

Dasselbe gilt für die Behörden, Organisationen und Institutionen, die auf sozialen und sozialverwandten Gebieten in der **Bundesrepublik** und in der **DDR** tätig sind.

Das Institut ist bemüht, eine Übersicht über ähnliche Einrichtungen des europäischen und außereuropäischen **Auslands** zu gewinnen und erreichbares Material zu sammeln. Ebenso werden alle die Organisationen und ihre Veröffentlichungen erfaßt, die nicht nur auf nationalem Gebiet, sondern auf **übernationaler Ebene** arbeiten.

Alle diese Sammlungen werden in gleicher Weise erschlossen durch je eine alphabetische Namenskartothek und eine systematische Zusammenstellung, die die einzelnen Behörden, Organisationen und Institutionen nach Sachgebieten ausweist. Wird zu einem bestimmten Thema Material gesucht, so kann es ohne große Mühe aus beiden Sammlungen – Bibliothek und Organisationsabteilungen – zusammengestellt werden, da beiden ähnliche Systematiken zugrunde liegen.

Zusätzlich weist eine „Typenkartei“ nach, auf welchen sozialen Gebieten **Typenkartei** Modelleinrichtungen entstehen und wo und auf welche Weise nachahmenswerte und praktikable Ideen verwirklicht werden.

In der „Schwindlerkartei“ sind alphabetisch Personen aufgeführt, die **Schwindler-** allein oder in Verbindung mit Organisationen im sozialen Bereich negativ **kartei** aufgefallen sind.

Die dem Institut im Oktober 1969 vom „Berliner Frauenbund von 1945“ **Helene** übergebenen Materialien (Bibliothek und Archiv der Helene-Lange-Stif- **Lange-** tung) werden weiterhin verwahrt und verwaltet und auch den Benutzern **Stiftung** des Instituts zur Verfügung gestellt.

Nach wie vor haben viele Mitglieder und Benutzer des Instituts erfreu- **Material-** licher- und dankenswerterweise unsere Sammlungen durch nicht mehr **spenden** benötigte Bücher und Zeitschriften, auch durch Organisationsmaterialien vervollständigt. Diese Hilfe ist um so willkommener, als viele Zeitschriften und Bücher durch den Leihverkehr zerschlissen werden oder auch in Verlust geraten.

In diesem Jahr gilt u. a. unser Dank:

Dipl.-Psych. Gerhard Arendt, Großen-Buseck – Hans-Hermann Auersch, Berlin – Berliner Berufsverband der Sozialarbeiter und -pädagogen e. V. – Gustav Buchhierl, Berlin – Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin – Frau Dr. Dorothea Frandsen Bonn – Ursula Godeck v. BezA, Zehlendorf, Berlin – Christa Groh, Detmold – Dr. Konrad Kühne † – Prof. Dr. med. W. Maassen, Berlin – Gertrud Rakow, Berlin – Luise Schildbach, Istanbul.

**Benutzungsbedingungen** Bibliothek und Lesesaal sind von Dienstag bis Freitag zwischen 8.00 und 12.00 und zwischen 13.00 und 16.00 für das Publikum geöffnet. Die Ausleihfrist beträgt in der Regel einen Monat; bei Überschreitung wird eine Mahngebühr erhoben.

Kommentare, wertvolle oder alte Bücher und im Verlag vergriffene Stücke werden nicht versandt, sondern können nur im Institut eingesehen werden. Auf Wunsch und gegen Erstattung der Unkosten werden Ablichtungen angefertigt. Um den Materialversand nach Möglichkeit einzuschränken, stellt das Institut Literaturlisten zusammen und verschickt sie gegen Erstattung der Unkosten. In Ausnahmefällen kann Material nach außerhalb gegen Erstattung der Porto- und Verpackungskosten verschickt werden.

Gleichzeitig wird stets auf die Möglichkeit hingewiesen, die monatlich erscheinende, systematisch geordnete Bibliographie der Zeitschriftenaufsätze in der Zeitschrift „Soziale Arbeit“ zur Bearbeitung eines bestimmten Themas heranzuziehen.

**Vorübergehende Einschränkung des Benutzerverkehrs** Am Schluß unseres vorjährigen Arbeitsberichts erwähnen wir, daß im Hinblick auf die geplante Umstellung unserer Bibliographischen Abteilung auf automatische Dokumentation bereits im Januar 1974 mit der Erstellung eines Thesaurus begonnen wurde. Schon bald stellte es sich heraus, daß es nicht möglich sein würde, diese und andere damit in Zusammenhang stehenden Vorarbeiten neben dem vollen Geschäftsbetrieb durchzuführen. Deshalb beschloß der Vorstand, die Bibliothek und das Archiv vom 1. März ab für die Dauer eines Jahres für den Publikumsverkehr und die schriftliche Ausleihe zu schließen.

**Notdienst** Es wurde jedoch während dieser Zeit ein Notdienst unterhalten, der folgende Anfragen weiter berücksichtigte:

- a) die über den Ring der Bibliotheken eingingen,
- b) die mit bereits vorhandenen Literaturlisten zu bestimmten Themen beantwortet werden konnten,
- c) die keine andere Bibliothek bearbeiten konnte.

Auf solche schriftlich und mündlich eingegangenen Anfragen wurden vom 1. März 1974 bis 1. März 1975 4299 Stücke an 1024 Personen ausgeliehen; dies entspricht etwa einem Drittel der normalen Ausleihe.

Der Kreis der Anfragenden aus dem In- und Ausland, zu dem zu unserer großen Freude wiederum das Bundespräsidialamt gehört, setzte sich sowohl aus Ministerien des Bundes und der Länder, Städten, Behörden und Sozialgerichten als auch Planungsstäben, Wissenschaftlern, Praktikern der Sozialarbeit, Versicherungsträgern, sozialpolitischen Organisationen, Journalisten und in großer Zahl aus Studenten zusammen.



Die Vielfältigkeit der eingehenden Anfragen sollen einige Beispiele deutlich machen:

Interessenkonflikt im Jugendwohlfahrtsausschuß (Sollen Vertreter der Wohlfahrts- bzw. Jugendverbände mitberaten und abstimmen, wenn es um Zuschüsse für eigene Einrichtungen geht?)

Beratung des Bundesarchivs bei der Zusammenstellung von einschlägigen Quellen zur Sozialgeschichte der Industrie in der Zwischenkriegszeit (Weimarer Republik) .

Material und Beratung für den deutschen Bericht im Rahmen eines internationalen vergleichenden Forschungsprojektes über soziale Dienste, an dem außer der BRD folgende Länder beteiligt waren: Frankreich, Großbritannien, Israel, Jugoslawien, Kanada, Polen und die USA.

Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenfürsorge vor 1927.

Mitwirkungspflicht der Leistungsberechtigten im deutschen Sozialrecht.

Effizienz der Sozialarbeit.

Komplette Literaturzusammenstellung für ein Buch über Supervision. Sozialarbeit in der Schule.

Geschichte der Jugendpflege von 1920 – 1936.

Literaturzusammenstellung für die Vorarbeiten zum neuen Jugendhilferecht (Arbeiterwohlfahrt Bonn).

Jugend und Werbung.

Geschichte des Spiels der Kinder.

Erziehung zur Kreativität.

Erziehung zur Partnerschaft.

Vorschulerziehung im internationalen Vergleich.

Musiktherapie; musisch-rythmische Erziehung.

Berufsfindung für behinderte Jugendliche in Hessen.

Hilfe bei der Planung eines Zentrums für Behinderte.

Psychologische Fragen bei Taubheit.

Die Lage der Aussiedler und Umsiedler in der BRD.

Zigeuner in der BRD.


Die Fachhochschulgesetze in den einzelnen Bundesländern.

Modellvorhaben mit wissenschaftlicher Begleitung im sozialen Bereich (v. a. Evaluationsprobleme).

Dr. Joachim Harms, Vorstandsmitglied der Firma Klöckner und Gewinner des Goldenen Bären 1973 (= Preis für die relativ höchste Auftragserteilung nach Berlin im Bereich der Eisen- und Stahlindustrie) ließ sich bei der Spendenhergabe im Wert des Goldenen Bären an Berliner Wohlfahrtsorganisationen beraten.

Literatur und Beratung für die International League of Societies for the Mentally Handicapped, San Sebastian/Spanien.

Seit dem 1. April 1975 stehen Bibliothek und Archiv allen Benutzern wieder in gewohnter Weise zur Verfügung.



**Vorarbeiten zur Umstellung auf automatische Dokumentation** Voraussetzung für den geplanten Aufbau eines partnerschaftlichen Verbundes aller ähnlich arbeitenden Dokumentationsinstitute, die gemeinsam den Dokumentationsring des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit bilden sollen, waren die im folgenden aufgeführten Arbeiten:

**Inventur** Zunächst wurde eine Inventur der umfangreichen Bestände an Büchern und Zeitschriften vorgenommen. Eine solche Inventur war seit vielen Jahren unterblieben und erforderte neben der einfachen Bestandsaufnahme erhebliche Aussonderungsmaßnahmen. Bei der Inventur der Zeitschriften wurden gleichzeitig Verzeichnisse – numerisch, alphabetisch und nach Sachgebieten geordnet – hergestellt. Diese Verzeichnisse wurden den für den Verbund vorgesehenen Instituten inzwischen übersandt, um zu einer Abstimmung dergestalt zu kommen, daß zur Vermeidung von Doppelarbeit in Zukunft nach Möglichkeit keine Zeitschriften von mehreren Instituten gleichzeitig ausgewertet werden. Im Zuge dieser Arbeiten wurden viele schon seit langem dafür vorgesehenen Zeitschriften jahrgangsweise gebunden, schon gebundene erneuert und systematisch geordnet. Im Benutzerverkehr beschädigte Bücher konnten dagegen aus Kostengründen nicht ausgebessert werden.

Die jahrelang vernachlässigten Loseblattsammlungen der in das Aufgabengebiet des Instituts fallenden Gesetze des Bundes und der Länder wurden, soweit möglich, durch Einsortieren der zahlreichen Nachträge ergänzt, andernfalls neu gekauft. Auf diese Weise entstand eine für die tägliche Arbeit dringend notwendige juristische Handbibliothek auf dem neuesten Stand.

**Benutzeranalyse** Im Hinblick auf die Effektivität der zukünftigen Arbeit der einzelnen Partnerinstitute wurde eine Benutzeranalyse für das Jahr 1973 erarbeitet, um spätere Abgrenzungsabsprachen zu erleichtern.

Unmittelbar nach der Schließung der Bibliothek begannen zwei Fachkräfte des Instituts mit der Erstellung eines Thesaurus, dessen Grundlage der vom Institut für Dokumentation und Information über Sozialmedizin und öffentliches Gesundheitswesen (IDIS) verwandte war. Das Ziel mußte sein, den Thesaurus so zu gestalten, daß er mit dem des IDIS und denen der anderen Verbundteilnehmer voll integrierbar ist, um auf diese Weise das System für den weiteren Aufbau eines partnerschaftlichen Verbundes offenzuhalten.

Nach einem Informationsbesuch im IDIS, der der Einführung in das dort benutzte System diente, begannen die Arbeiten mit der Zusammenstellung alphabetisch geordneter Deskriptoren (Schlagwörter) und Verweisungen. Nach Fertigstellung eines Teilabschnitts fanden umfangreiche Absprachen im IDIS statt, um eine übereinstimmende Formulierung, Ver-

wendung und Zuordnung der Schlagwörter zu erzielen. Bereits am 9. Juli 1974 konnte diese Arbeit abgeschlossen und dem IDIS mit den von uns angegebenen Änderungswünschen übersandt werden.

In der Zwischenzeit fand am 3. Juni auf Wunsch des Bundesministeriums ein Informationsgespräch in unserem Hause statt mit dem Ziel, die Zusammenarbeit mit dem zum Ministerium gehörenden Deutschen Institut für medizinische Dokumentation und Information (DIMDI) im Rahmen des in Aussicht genommenen Verbundsystems zu besprechen. Im Vordergrund stand dabei die Möglichkeit, die dort freien Computerkapazitäten in der Weise zu nutzen, daß das von den einzelnen Instituten ausgewertete und zur Speicherung vorgesehene Material zwar in gesonderte Pools eingegeben, aber von allen gemeinsam abgerufen werden soll. Dabei stellte sich heraus, daß der von uns in O-Version erstellte Thesaurus für einen Dialogverkehr mit dem Computer, wie er im DIMDI durchgeführt wird, nicht geeignet ist.

In einem Gespräch aller Beteiligten am 27. Juni 1974 im DIMDI in Köln wurden die für die Überarbeitung des Thesaurus notwendigen Einzelheiten besprochen. Alle Gesprächspartner hielten einen einwöchigen Einführungskurs in das DIMDI-System für dringend erforderlich. An diesem Kurs nahmen vom Institut die Geschäftsführerin und ihre Stellvertreterin teil. Die Kosten wurden vom Ministerium getragen.

Nach intensiven Arbeitsgesprächen mit Vertretern des Deutschen Jugendinstituts (DJI) und des Pädagogischen Zentrums Berlin (PZ) begann die Weiterarbeit an unserem Thesaurus in der Weise, daß analog dem von diesen Instituten benutzten Thesaurus bzw. Schlagwortkatalog dort gebrauchte Begriffe, die für unseren Arbeitsbereich verwendbar waren, eingearbeitet wurden. Der auf diese Weise in A-Version erstellte Thesaurus umfaßt nunmehr rund 2000 Begriffe.

Das Ergebnis der abgeschlossenen Vorbereitungsarbeiten wurde von allen Fachleuten auf dem Gebiet der Thesauruserstellung, die uns beratend zur Seite standen, sehr positiv bewertet, besonders im Hinblick auf die Kürze der Zeit, die für diese Arbeit zur Verfügung stand. Unsere Hoffnungen, zu Beginn des Jahres 1975 mit mindestens zwei wissenschaftlichen Fachkräften an die Auswertung nach der neuen Arbeitsmethode zu gehen, haben sich aus finanziellen Gründen leider nicht erfüllt.

1915 1971  
DJKb 11 PZ  
Thesaurus

**Spendenberatung** In immer stärkerem Maße werden Spendengesuche an die Wirtschaft, aber auch an Privathaushalte herangebracht, ohne daß der soziale Nutzen solcher Sammlungen immer auf den ersten Blick erkennbar wird. Die Arbeit des Instituts auf diesem Gebiet, die von der teilweisen Schließung nicht berührt wurde, geht fast bis auf seine Gründungszeit zurück und führte im Jahre 1910 zur Gründung der „Wohltätigkeitszentrale der Berliner Kaufmannschaft“. Hieraus entwickelte sich die Spendenberatung der Wirtschaft mit jährlichen Zusammenkünften im „Archiv für Wohlfahrtspflege“, um echter Armut wirkungsvoll zu begegnen. Später wurde durch Hinzuziehen der Presse die Bevölkerung mehr und mehr in die Beratung einbezogen. Die Zahl der Privatleute, die sich vor der Hergabe einer Spende beraten lassen, wächst von Jahr zu Jahr.

**Arbeitskreis Spendenwesen** Die ersten Spendenberatungen im „Archiv für Wohlfahrtspflege“ sind im eigentlichen Sinne die Vorläufer des 1951 von der deutschen gewerblichen Wirtschaft gegründeten „Arbeitskreises Spendenwesen“ in Bonn, dem das Institut seit 1953 als Fachmitglied angehört.

**Internationale Kommission für Spendenordnung** Die beobachtende und prüfende Tätigkeit des Arbeitskreises Spendenwesen beschränkt sich nicht nur auf den deutschen Bereich. Es bestehen Kontakte mit dafür zuständigen Stellen im Ausland, insbesondere mit den in der EG zusammengeschlossenen Ländern, die durch zweijährliche Tagungen der Internationalen Kommission für Spendenordnung intensiviert werden. Im Berichtsjahr fand eine solche Tagung am 9. September in Kopenhagen statt, die der Aussprache über international durchgeführte Sammlungen, zugleich aber auch der Diskussion fachlicher Fragen im allgemeinen diente. Die Geschäftsführerin des Instituts nahm an der Tagung teil.

**Sammlungsgesetze** Wie in jedem Jahr wies das Institut auf die ständig wachsenden Mißstände im Sammlungswesen hin, die ihre eigentliche Ursache in der Liberalisierung der Sammlungsgesetze der Länder haben. Danach wurden zunächst nur Haus- und Straßensammlungen unter Genehmigungspflicht gestellt. Briefsammlungen mußten in Bayern genehmigt, in Hessen und im Saarland angezeigt werden. Auf diese Weise konnten sich zu den alten, eingeführten Wohlfahrtsorganisationen immer mehr neue gesellen, die – oft klein und unerfahren – gute Hilfe zersplitterten oder sogar als scheinsoziale Organisationen, oft Ein-Mann-Betriebe, mit rein gewerblichen Interessen, entlarvt wurden.

Unter dem Druck des zunehmenden Mißbrauchs, vor allem der Altkleidersammlungen, entschlossen sich Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Berlin, diese Sammlungen unter Genehmigungspflicht zu stellen; die Berliner Novellierung macht auch Briefsammlungen genehmigungspflichtig.

Das Institut setzt seine Bemühungen um eine möglichst einheitliche Regelung auf diesem Gebiet fort, damit die für die Geschäfte mit dem Mitleid offenstehenden Lücken geschlossen werden.

In diesem Zusammenhang fand die seit Jahrzehnten alljährlich veranstaltete Presse- und Wirtschaftskonferenz unter dem Motto „Wem sollen wir geben?“ am 30. Oktober statt. Sie wurde durch das Fernsehen und durch Hörfunkinterviews wirksam unterstützt und löste wieder eine Flut von Anfragen nach spendenwerbenden Organisationen aus. Gleichzeitig wurden als Schwerpunkte der Hilfen im sozialen Bereich die

**Wem sollen wir geben?**

- \* offene Altenhilfe,
- \* vorbeugende Aufklärung und Förderung guter Rehabilitationsversuche im Rahmen der Drogenbekämpfung,
- \* Einrichtung von Wohnstätten für geistig Behinderte und
- \* wirksame Unterstützung der Entwicklungs- und Katastrophenhilfe

genannt. Zugleich wurde bei der Auswahl derjenigen Organisationen, die diese Hilfen durchführen, beraten.

Wie in jedem Jahr übernahm das Institut vor allem in der Vorweihnachtszeit für einzelne Firmen und Personen die Beratung bei der Verteilung ihres gesamten Spendenfonds an bestimmte, nach Interessengebieten ausgesuchte Organisationen, darunter auch solche, die trotz anerkannter Arbeit in der Öffentlichkeit weniger bekannt und deshalb in besonderem Maße auf Förderung angewiesen sind.

Wie schon im Tätigkeitsbericht 1973 erwähnt, stieg die Zahl der Bitten nicht immer zweifelsfreier caritativer Organisationen um kostenlose Veröffentlichung von Spendenaufrufen in großen Tageszeitungen weiter an. In Zusammenarbeit mit dem Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger, der eine entsprechende Warnung des Instituts an seine Mitglieder weiterleitete, gelang es, diesen Mißbrauch einzudämmen.

Wenngleich das Institut aus juristischen Gründen nicht öffentlich vor unseriösen Spendenbitten warnen kann, bemüht es sich, durch intensive Öffentlichkeitsarbeit zu erreichen, daß möglichst jeder Interessierte sich vor der Hergabe einer Spende über die betreffende Organisation selbst und die Förderungswürdigkeit ihrer Arbeit vom Institut beraten läßt.

Auch im Berichtsjahr wurde das Institut um Veröffentlichungen über Themen, die in sein Arbeitsgebiet fallen, gebeten. So wurde im „Verbraucherdienst“ des Bundesausschusses für volkswirtschaftliche Aufklärung e. V. – Heft 9 / September 1974 – ein Aufsatz unter dem Titel „Spenden – aber mit Bedacht“ veröffentlicht. Zu demselben Thema wurde in der Sendung MOSAIK des Zweiten Deutschen Fernsehens in der Vorweihnachtszeit ein Statement abgegeben.

**Öffentlichkeitsarbeit**

Ein vor längerer Zeit in dieser Sendereihe gegebenes Interview über die Möglichkeiten des Instituts, Altenwohnheim-, Altenheim- und Pflegeheimplätze in allen Teilen der Bundesrepublik nachzuweisen, hat dazu geführt, daß dieser Nachweis und die Beratung zu einer ständigen Einrichtung des Instituts geworden ist.

**Altenheimberatung**

Ausgelöst durch die Wetterstein-Katastrophe sieht das Institut seine Hauptaufgabe darin, bei Hergabe eines Einkaufsdarlehens die Prüfung der abzuschließenden Verträge und der dazugehörigen Unterlagen vor Unterschrift in seine Beratung einzubeziehen.

Auch in allen übrigen Bereichen seines Tätigkeitsfeldes ist das Institut ständig bemüht, durch Presse, Funk und Fernsehen der Öffentlichkeit als Informationsquelle zu dienen. Die häufig wechselnden Schwerpunkte im sozialen Bereich geben immer wieder Veranlassung dazu.

**Publikationen** In eigener Initiative wird das Institut, dessen Aufgabe in der Nutzbar-  
machung **aller** gesammelten Unterlagen besteht, in erster Linie durch die  
Herausgabe seiner Publikationen tätig.

**Soziale Arbeit** Die Fachzeitschrift „Soziale Arbeit“ – Mitherausgeber ist der Senator für  
Arbeit und Soziales – veröffentlicht aktuelle und einen weiten Leserkreis  
interessierende Abhandlungen aus Theorie und Praxis der sozialen Arbeit  
und greift die Problematik sozialer Entwicklungen, Informationen über  
wichtige Geschehnisse, sich anbahnende Neuerungen u. ä. auf. Sie er-  
scheint monatlich im Eigenverlag des Instituts; die Redaktion liegt bei  
der Geschäftsführung. Das Redaktionsgremium steht der Schriftleitung  
beratend und helfend zur Seite. Ihm gehören Fachleute aller Sachgebiete  
der behördlichen und freien Wohlfahrtspflege an.

Wie in jedem Jahr, sind auch 1974 elf Hefte erschienen.  
Wesentliche Beiträge waren:

Berufliche Bildungsförderung nach dem AFG verbessert – Unterhalts-  
geld nun auch für Strafgefangene in der Resozialisierung – Hoppe  
Hilfe zur Überwindung sozialer Schwierigkeiten – Änderung des § 72  
BSHG – Schubert

Der Referentenentwurf eines neuen Jugendhilfegesetzes – Fichtner  
Das neue Eherecht – nach dem Schuldigen wird nicht mehr gefragt  
– Wegner

Die Weiterentwicklung des Adoptionsrechts – Strathmann

Die allgemeinen Leistungsgrundsätze im Bereich der gesetzlichen  
Krankenversicherung – Marburger

Die Entwicklung der Sozialpolitik von der Armenpflege zum Städte-  
bau als Gesellschaftspolitik – Schmidt

Drogen – ein soziales Problem – Petermann

Der Drogenabhängige im Strafvollzug – Scholz

Programm der Bundesanstalt für Arbeit zur systematischen Vorbe-  
reitung der Berufswahl – Leve

Das Zeugnisverweigerungsrecht von Psychologen und staatlich an-  
erkannten Sozialarbeitern und -pädagogen im Strafprozeß (Kritik  
eines Vorschlages der Bundesregierung) – Breland

Das Kreuzberger Kinderhaus e. V., Berlin – Johansen  
Frauen und soziale Sicherheit – Internationale Forschungskonferenz  
in Wien – Stiegnitz  
Schwedens Beitrag zur Gesundheitsförderung benachteiligter Heran-  
wachsender – Kluge  
Heilpädagogische, sozialpädagogische und psychiatrische Versor-  
gung behinderter und verhaltensgestörter Kinder und Jugendlicher  
in Israel – Kluge  
Sozialversicherung und Familienpolitik in Österreich – Stiegnitz  
Dienst an der Gemeinschaft statt Gefängnis (Großbritannien) – Pratt  
Arbeitende Menschen nach ihrer Pensionierung – neue Pensions-  
pläne in den USA – Schweisheimer.

Die in jedem Heft veröffentlichte Zeitschriftenbibliographie, die aus allen vom Institut gelesenen in- und ausländischen Fachzeitschriften erstellt wird, weist relevante Fachabhandlungen auf sozialen und sozialverwandten Gebieten in systematischer Ordnung nach. Sie ist für wissenschaftlich Interessierte und Studierende der sozialen Fachgebiete eine große Hilfe beim Auffinden geeigneter Literatur für die von ihnen zu erarbeitenden Themen.

**Zeitschriften-  
bibliographie**

Das ebenfalls vom Institut in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband e. V., Frankfurt, herausgegebene Informationsblatt „Altenhilfe – Beispiele, Informationen, Meinungen“ erfreut sich weiterhin eines großen Interesses, so daß sich die Abonnentenzahl auch im Jahre 1974 weiter erhöhte.

**Altenhilfe**

Die Nachfrage nach dem „Führer durch das soziale Berlin“ (12. Auflage 1972) hält unvermindert an. Im Berichtsjahr wurde er durch einen Doppelnachtrag ergänzt. Die Auslieferung des 3. Nachtrages steht unmittelbar bevor.

**Führer durch  
das soziale  
Berlin  
(Graubuch)**

Daneben ist das Institut zusammen mit drei Partnerinstitutionen (DIMDI – Deutsches Institut für Medizinische Dokumentation und Information, IDIS – Institut für Dokumentation und Information über Sozialmedizin und öffentliches Gesundheitswesen, DJI – Deutsches Jugendinstitut) an der Herausgabe einer viermal jährlich erscheinenden Dokumentation „Drogengefährdung und Alkoholmißbrauch“ beteiligt.

**Dokumen-  
tationen**

**Arbeits-** Die Zusammenkünfte der Arbeitsgemeinschaft Betriebliche Sozialbe-  
**gemeinschaft** ratung fanden im Berichtsjahr dadurch eine neue Anziehungskraft, daß  
**Betriebliche** stets ein bestimmtes Thema mit Referat und anschließender Diskussion  
**Sozial-** in den Mittelpunkt gestellt wurde. Die Beteiligung war infolgedessen  
**beratung** immer außerordentlich rege. Themen waren u. a.:

Die Leistungsverbesserung in der gesetzlichen Krankenversicherung nach Inkrafttreten des Leistungsverbesserungsgesetzes (KLVG); Auswertung einer von einem Unternehmen durchgeführten Gesprächsreihe in zwei Kursen zum Thema „Vorbereitung auf das Alter“; Herabsetzung der Volljährigkeitsgrenze in besonderem Hinblick auf auszubildende Jugendliche; Der psychisch Kranke im Betrieb; Das neue Schwerbehindertengesetz in der Praxis.

**Besucher** Wie in jedem Jahr ließen sich ausländische Besucher (z. B. aus Japan, der Schweiz und Israel) über die sozialen Verhältnisse in der Bundesrepublik informieren und bei der weiteren Gestaltung ihres Berlin-Aufenthalts beraten.

**Führungen** Führungen durch das Institut werden nach wie vor für alle sozial interessierten in- und ausländischen Berlinbesucher durchgeführt, zum Teil durch Vermittlung des Informationsamtes Berlin.

**Revisionen** Für 1974 hat die übliche Prüfung durch die Rechnungsprüfungsstelle der Senatsverwaltung für Arbeit und Soziales und für die von der Deutschen Klassenlotterie zugewendeten Mittel durch deren Revisionsgesellschaft stattgefunden.

**Finanzbericht** Der Finanzbericht für 1974 wurde allen, die das Institut in seiner Arbeit finanziell unterstützten, am 18. März 1975 übersandt.



Dem Vorstand, dem Beirat, den Mitgliedern des Förderervereins und den Freunden des Instituts sowie den in- und ausländischen Korrespondenten danken wir für alle Förderung und Unterstützung unserer Arbeit. Dankbar sind wir vor allem für das allseits entgegengebrachte Verständnis dafür, daß infolge der besonderen Belastungen durch die Vorbereitung zur organisatorischen Umstellung die Leistungen des Instituts durch die Schließung der Benutzerstelle vorübergehend eingeschränkt werden mußten. **Dank**

Im Zusammenhang mit dieser Umstellung wurden an die Mitarbeiter besonders hohe Anforderungen gestellt, zumal ihre Zahl im vergangenen Jahr weiter abgenommen hat. Vorstand und Geschäftsführung erkennen diese Leistung dankbar an und hoffen, daß sich noch im Jahre 1975 eine Erweiterung der finanziellen Grundlagen abzeichnet, die Voraussetzung für eine Erleichterung und Intensivierung unserer Arbeit ist.





